Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Anden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Für Ausfall von Lieferungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Illustrierte Unterhaltungsbeilage „Leben, Bilden, Lachen", „Volk und Zeit" monatlich 1.96 RM., wöchentlich 45 Pf. Bestellungen 1.96 Pf. Illustr. Volks- u. Musik-Sangbuch 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 201. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 201 und 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: Die 34 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 RM., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 RM. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Wiederholungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

34 | Dresden, Dienstag, den 10. Februar 1931 | 42. Jahrgang

Der neue Dresdner Oberbürgermeister

Dr. Külz im ersten Wahlgang gewählt

In der Dresdner Stadtverordnetensitzung am Montag wurde nach mehrstündiger Debatte die Wahl des neuen Dresdner Oberbürgermeisters vorgenommen. Für Reichsminister a. D. Dr. Külz (Staatsp.) wurden 36 Stimmen abgegeben. Der Kandidat der Rechten, Syndikus Dr. Most, erhielt 28 und Stadtrat a. D. Stolt, Berlin (KPD.) 6 Stimmen. 4 Stadtverordnete enthielten sich der Stimme. Dr. Külz ist damit zum Dresdner Oberbürgermeister gewählt.

Es ist ein Wahlgang entschieden, der in den letzten Wochen nicht nur im Dresdner Rathaus, sondern weit darüber hinaus das gesamte politische Leben Dresdens bis zum Zerreißen höchste Spannung erzeugt hat. Wie heftig die Kämpfe waren, die sich um die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens von Dresden abspielten, das bewies schon die Verschiebung der Wahl am 29. Januar auf den heutigen Tag. Immer glaubten die rechten Gruppen des Bürgertums noch immer, ihren Kandidaten, den Vertreter der Schwerindustrie und Handelskammer, Syndikus Most-Duisburg, durchs Ziel zu bringen. Auch am Ende zeigte der entscheidenden Abstimmung noch eine lange Debatte voraus, nachdem bereits am ganzen Nachmittags ein lebhaftes Treiben und Hin und Her der Fraktionen festzustellen war. Der Andrang des Publikums zu den Tribünen war so stark, ein Zeichen dafür, welch großes Interesse in allen politischen Lagern der Oberbürgermeisterwahl entgegengebracht wurde.

Dr. Külz wurde sofort im ersten Wahlgang gewählt. Auf seinen Vorschlag vereinigten sich die Stimmen der Staatsparteiler, Sozialdemokraten und des Zentrumsvertreters, außerdem noch eine Stimme aus dem bürgerlichen Lager. Durch die weitere Abgabe von vier weißen Stimmzetteln wurde sofort die absolute Mehrheit für seine Wahl ermöglicht.

Selbstverständlich mußte die kommunistische Fraktion wieder außer der Reihe tanzen. Zusammen mit dem Vorschlag zur Wahl des Oberbürgermeisters war durch die Beschlüsse des Vorstandes und des Wahlausschusses festgelegt worden, daß auch die Stelle des 3. Bürgermeisters mit **Dr. med. Coerper**, Beigeordneten in Köln, als Dezernent für das neugegründete Gesundheitsamt besetzt werden sollte. Außerdem stand für den ausgeschiedenen Stadtrat Dr. Matthes das ehrenamtliche Ratsmitglied Genosse Bruno Kirchhof und für den demnächst ausscheidenden Stadtrat Dr. Reichardt der ehrenamtliche Stadtrat Genosse Friedrichs zur Wahl. Zum Schluß lag der Vorschlag die Wiederwahl des besoldeten Stadtrats Dr. Fischer, dessen Amtszeit am 30. Juni abläuft, vor. Die Durchführung dieser Wahlvorschläge bedeutete also einen Fortschritt der Arbeitervertretung in der praktischen Kommunalverwaltung. Den Kommunisten paßte das nicht, deshalb hatten sie noch vor Beginn der Sitzung einen Antrag eingereicht, der die Einsparung aller Stellen, auch der Oberbürgermeisterstelle, forderte. Wir wissen, daß die Kommunisten von dem Unsinn ihres Antrages überzeugt sind, denn sie selbst hatten ja durch den Vorschlag ihres Parteigenossen Stadtrats Dr. Stolt, Berlin, bewiesen, daß sie Wert auf die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens legten. Außerdem führt der kommunistische Antrag praktisch dazu, daß die Verwaltungsbürokratie zwar ungeheuer gestärkt wird, die Verantwortung der Bürokratie gegenüber den gewählten Vertretern der Einwohnerschaft, dem Stadtverordnetenkollegium, aber herabgedrückt wird. Die Kommunisten setzten sich mit diesem Antrag also über die einfachsten Grundsätze der Demokratie und der Auffassung der organisierten Arbeiterschaft hinweg. Ihr Verrat wurde offenbar, als sich sofort im bürgerlichen Lager in der Person des früheren Deutschnationalen Dr. Berthold der Mann fand, der diese angebotene kommunistische Hilfe annahm und nun einen Antrag stellte, sie auf weiteres die Stelle des Gesundheitsamtes nicht zu besetzen.

Herr Dr. Kaiser von der Deutschen Volkspartei bediente sich ebenfalls sehr rasch des kommunistischen Angebots und erklärte die Zustimmung der rechtsstehenden Gruppen des Bürgertums zu dem kommunistischen Antrag mit der Einschränkung, daß diese Stellen „zur Zeit" nicht besetzt werden. Er erkannte sehr richtig, daß die dauernde Einsparung der Posten unmöglich ist, wollte aber die neugeschaffene politische Situation durch den Antrag benutzen, um außer der Oberbürgermeisterwahl, die am gestrigen Abend nicht mehr zu verhindern war, die Besetzung aller übrigen Posten zu verzögern. Er wollte Zeit gewinnen und damit, wenn möglich, eine Verschiebung der Fronten zu erreichen.

Wenn also am gestrigen Abend die Dresdner Arbeiterschaft noch nicht zu jenem Erfolg gelangt ist, den sie auf Grund ihrer politischen Stärke beanspruchen kann, so ist das dem neuesten Verrat der Dresdner Kommunisten zuzuschreiben.

Bei der Abstimmung über die Einsparungsanträge stimmten die Kommunisten in gemeinsamer Front mit den Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Konservativen und der Deutschen Volkspartei und verhinderten damit die Erledigung der Wahl des dritten Bürgermeisters und der übrigen Stadträte. Eine Ueberraschung wurde allerdings den Bürgerlichen dadurch zuteil, daß auch Stadtrat Dr. Fischer, der Dezernent des Personalamtes, nicht wiedergewählt wurde. Mit der Wiederwahl Dr. Fischers hatten die Bürgerlichen, vor allem die Deutsche Volkspartei, allerdings bestimmt gerechnet, und sicherlich ist dadurch eine vollständig neue politische Situation geschaffen, deren Klärung für die nächste Zeit bereits bestimmte Bahnen zeigt, die auf Wiederaufnahme der gestern abgesetzten Wahlen des dritten Bürgermeisters und der anderen Stadträte hinzielt.

Der volle Erfolg der Sozialdemokratie und damit der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft war gegeben, wenn das Wahlprogramm in seiner Gesamtheit durchgeführt worden wäre. Es verhindert zu haben, ist die Schuld der

Bürgermeister Dr. Wilhelm Külz

Wilhelm Külz ist 55 Jahre alt. Er wurde als Sohn eines Pfarrers in Hainichen in Sachsen geboren, besuchte die Fürstenschule in Grimma und studierte an der Universität. Dr. Külz hat beide juristische Prüfungen abgelegt. Er hat außerdem abgeschlossene volkswirtschaftliche, staatswissenschaftliche und verwaltungstechnische Vorbildung (Dr. scientia politica der Staatswissenschaften). Er trat 1900 in die Verwaltung ein und war zunächst als juristischer Hilfsarbeiter beim Rat zu Leipzig tätig, später als erster Bürgermeister in Zittau, erster Stadtrat in Meerane, Oberbürgermeister in Radebeul sowie in Zittau und zweiter Bürgermeister in Dresden. Amt verwaltete er von 1923 bis 1926, dem Jahre seiner Berufung zum Reichsminister des Innern. Seit Beginn der Wahlperiode gehört Dr. Külz als Vertreter der Staatspartei dem Dresdner Stadtverordnetenkollegium an und ist Vorsitzender des Deutschen Städtetages und des Reichsstädtebundes. 1919 ist er Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags. Dr. Külz ist Verfasser zweier Gesetzbücher deutscher Stadtordnungen und auch sonst in kommunaler und kommunalwissenschaftlicher Beziehung rednerisch stark hervorgetreten. Im Jahre 1907 bis 1908 war er Gouvernementsverwaltung in Deutsch-Südwestafrika beauftragt. Internationalen Presseausstellung in Köln und der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden stand er als Reichskommissar. Außerdem ist er Präsident der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft. Der Völkerbund wählte Dr. Külz zum Präsidenten der Staaten beschränkten Staatenkonferenz, die im Jahre 1927 unter Leitung den Welthilfeverband für Katastrophenhilfe

Rüpelspiel oder Arbeiten?!

Im Reichstage wurde gestern nacht 2¼ Uhr die Reform der Geschäftsordnung in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso der Entwurf zur Aenderung des Preßgesetzes. Ueber diesen Kampf und den Verlauf der Abendsitzung wird uns aus dem Reichstage geschrieben:

Im deutschen Reichsparlament hat am Montag der Entscheidungskampf zwischen einer arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mehrheit und einer Minderheit begonnen, die mit allen Mitteln den Reichstag und damit die deutsche Demokratie lahmlegen will. Man muß sich darüber ganz klar sein. Es handelt sich bei der vereinten Obstruktion der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht darum, die Verabschiedung eines unliebsamen oder volksfeindlichen Gesetzes zu verhindern. In einem solchen Fall ist Obstruktion in jedem Parlament verständlich und berechtigt. Hier geht es um viel mehr. Die diktaturfreundige Minderheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten will dem deutschen Volke zeigen, daß der Reichstag, der Parlamentarismus und die gesamte Demokratie am Ende ihres Daseins sind. Das ist die Absicht der vereinten Minderheit. Dieses Ziel kann nur durch eine entschlossene, das Parlament bejahende Mehrheit niedergekämpft werden.

In der Diktaturpresse der sonderbaren Verbündeten Hitler, Hugenberg und Thälmann werden diese Reichstagskämpfe als ein Anschlag der Reichstagsmehrheit gegen Volksrechte hingestellt. Arbeiten wir also klar heraus, worum es sich handelt. Dem Reichstag liegen nahezu 400 Strafanträge gegen Abgeordnete vor. Es handelt sich zum großen Teil um Beleidigungen und Verleumdungen schlimmster Art, aber auch um vereinzelte kriminelle Vergehen. So wird ein nationalsozialistischer Abgeordneter beschuldigt, sich an Parteigeldern bereichert zu haben. Ist es des Volkes Wille, daß die erwählten Abgeordneten straflos in der Zeitung und in Versammlungen jedem anderen Volksgenossen die Ehre abschneiden können? Will das deutsche Volk Verleumder und Betrüger schützen? Das kann niemals der Sinn einer Immunität sein. Der Reichstag will deshalb diese Gruppen von berufsmäßigen Verleumdern endlich einmal vor Gericht ziehen lassen, wie das jeder andere Bürger sich auch gefallen lassen muß.

Wilder noch als die Proteste der vereinten Obstruktion Hugenberg-Hitler-Thälmann gegen die beabsichtigte Bewilligung der Strafverfolgung gegenüber Abgeordneten sind diese gegen die Aenderung der Geschäftsordnung im Reichstag. Wird da etwas Ungeheuerliches verlangt? Hier wird nur gefordert, daß endlich jeder Abgeordnete und jede Reichstagsfraktion nur ernstgemeinte Anträge einbringt. Wenn eine Fraktion in wunderschönen volksfreundlichen Anträgen sich so gebärdet, als könne sie der Not unserer armen Volksgenossen steuern, so soll ihr auch zugleich die Pflicht auferlegt werden, zu sagen, welche Deckungsmittel sie dafür vorschlägt. Das ist der entscheidende und gewiß sachliche Grund der Geschäftsordnungsreform. Man kann nicht vom Volke verlangen, daß es Sinn und Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie begreift, wenn die Abgeordneten, wie es bei den Herren der Opposition heute der Fall ist, selber gewissenlos und verantwortungslos ins Blaue hinein beantragen und Reden halten.

(Den weiteren Bericht über die Vorgänge siehe 2. Seite.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310210/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG